

Chart of the Week

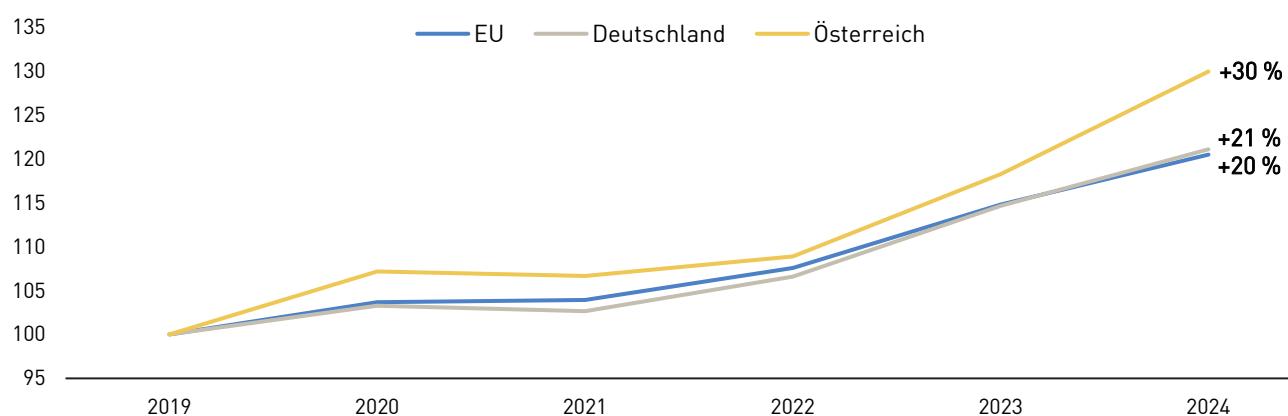
KV-Abschluss in der Metallindustrie belegt Handlungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft

Österreichs Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort hat in den vergangenen Jahren stark nachgelassen. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Lohnentwicklung: Während die Löhne hierzulande deutlich stärker gestiegen sind als bei den wichtigsten Handelspartner:innen, konnte die Produktivität mit diesem Tempo nicht Schritt halten. In der Folge stiegen die Lohnstückkosten, ein zentraler Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, zwischen 2019 und 2024 um rund 30 %. Zum Vergleich: In Deutschland, Österreichs wichtigstem Handelspartner, betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum lediglich 21 %, im EU-Durchschnitt 20 %.

Lohnstückkosten in Österreich sind seit 2019 um 30 % gestiegen, im EU-Durchschnitt nur um 20 %

Nomiale Lohnstückkosten auf Basis von Arbeitsstunden

Index 2019 = 100, Gesamtwirtschaft



Von großer Bedeutung ist daher das Signal, das die Kollektivvertragspartner:innen am 22. September mit der schnellen KV-Einigung in der Metallindustrie gesendet haben. Die Branche beschäftigt mit 1.100 Betrieben rund 130.000 Menschen in Österreich und sichert damit bis zu 300.000 Jobs. Der Abschluss sieht unter anderem einen Anstieg der IST-Löhne und Gehälter um 1,41 % und Einmalzahlungen vor. Mit dem Abschluss, der deutlich unter der rollierenden Inflation liegt, haben die Sozialpartner nicht nur beschäftigungspolitisch Verantwortung übernommen und wohl mehrere tausend Arbeitsplätze gesichert. Das Ergebnis stellt auch einen wichtigen Baustein zur Eindämmung der Teuerung dar. Mit Blick auf eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition ist die Branche mit ihrem Zweijahresabschluss jedenfalls in Vorleistung gegangen. Entscheidend wird es nun sein, dass sich auch die Verhandler:innen in anderen Wirtschaftsbereichen und der öffentliche Sektor ihrer standortpolitischen Verantwortung bewusst sind und ihre jeweiligen (Neu)Verhandlungen mit Vernunft und Augenmaß führen.

FAZIT: Die Sozialpartner haben einmal mehr gezeigt, dass sie mit ihrer Expertise und innerhalb ihres Handlungsspielraums in der Lage sind, auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld staatspolitische Verantwortung zu übernehmen. Nun ist jedoch auch die Regierung gefordert, ihre standortpolitischen Hausaufgaben zu machen. Vor allem die Industrie sowie die industrienahen Dienstleistungen richten große Erwartungen auf die für den Herbst angekündigte nationale Industriestrategie. Eine umfassende Analyse und Handlungsempfehlungen haben die Sozialpartner bereits als Input vorgelegt. Darüber hinaus gilt es, strukturelle Reformen anzugehen, um neue Spielräume für Entlastung und Wachstum zu schaffen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:

MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:

Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:

Thomas Eibl,
thomas.eibl@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3402
30. September 2025